

Arbeitsmarkt vor entscheidender Zäsur – oder: Was uns droht

Seit Jahren herrscht auch in unserem Land hohe Arbeitslosigkeit; die Wirtschaftskrise hat den Zustand noch verschärft. Dass die Arbeitslosenquote wider Erwarten nicht so dramatisch angestiegen ist wie vorhergesagt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns mit einer strukturellen Fragestellung zu beschäftigen haben, die eine gesamtgesellschaftliche Dimension entfaltet und **zu der entscheidenden Frage über das Wohl und Wehe unserer Gesellschaft und Wirtschaft schlechthin** führt. Denn Arbeit für alle Menschen und Entlohnung für ein menschenwürdiges Leben ohne Zukunftsangst ist der entscheidende Treibsatz für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

Wir sehen folgende neuralgische Punkte, die umgehend einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt werden müssen und bei denen die Arbeit der Gewerkschaften zu unterstützen ist:

Mindestlöhne. In einigen Branchen wurden sie insbesondere durch die Arbeit der SPD in den letzten beiden Bundesregierungen durchgesetzt. Wir sind der Auffassung, dass wir noch mehr Vereinbarungen dieser Art benötigen. Die Mindestlöhne müssen so geartet sein, dass sie einem Haushaltsvorstand ermöglichen, seiner Familie einen angemessenen Lebensstandard und eine gesicherte Zukunft zu gewähren. Die von der schwarz-gelben Koalition angestrebte Regelung, lediglich „sittenwidrige Löhne“ zu unterbinden, ist untauglich, weil sie schwammig ist und leicht untergraben werden kann. Immer mehr Familien geraten in Gefahr, auf staatliche Transferleistungen als Ergänzung zum Einkommen angewiesen zu sein; dies ist unsinnig und unhaltbar und muss deshalb unterbunden werden. Es geht nicht an, dass Unternehmen ihre Gewinne und damit auch Gewinnausschüttungen zu Lasten des Staates und damit der Steuerzahler, die dadurch noch mehr geschröpft werden, erhöhen.

Lohndumping. Eine Unsitte macht sich breit, die wir unbedingt unterbinden müssen: Firmen schließen Teile ihres Unternehmens und entlassen ihre Beschäftigten, gründen dafür Billig-Töchter und stellen Mitarbeiter zu schlechteren Konditionen ein. Oder sie „leihen“ sich Billigkräfte von Zeitarbeitsfirmen, die keine Mindestlohnvereinbarungen abgeschlossen haben. Sie umgehen damit die Tarifvereinbarungen und schwächen die Gewerkschaften und damit die Tarifautonomie. Die Bezeichnung „Aufstocker“ darf nicht zum „Unwort des Jahres“ werden!

EU-„Dienstleistungsrichtlinie“ ab 2011. Seit Anfang 2010 ist die neue EU-Richtlinie in Kraft, ab 2011 dürfen ausländische Heizungsmonteure, Bäcker oder Architekten ihre Dienste auch in Deutschland anbieten. Zwar wurde geregelt, dass das Recht des jeweiligen Landes gelten soll, in dem die Leistung erbracht wird; vor allem durch die Möglichkeit vorübergehender Dienstleistungen in Kombination mit der geltenden Entsenderichtlinie kann aber dieser Grundsatz ausgehebelt werden. Die Konsequenzen sind klar: Niedrigere Löhne, weniger

Beschäftigte bei uns, ein Zusammenklappen des staatlichen Transfersystems. Wir sind für Europa – aber wir können die Zerstörung unseres Sozialsystems nicht tatenlos hinnehmen und sehenden Auges ins Verderben rennen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, auch deswegen flächendeckende Mindestlöhne einzuführen, um dem drohenden Desaster Einhalt zu gebieten.

Unbefristete Vollzeitstellen nehmen ab. Laut „Spiegel“ haben einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann Stiftung zufolge nur noch 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland eine unbefristete Vollzeitstelle – in der Dienstleistungsbranche mehr als noch in der Industrie, und vor allem Frauen sind davon betroffen. Die Teilzeitarbeit ist im Vormarsch – und auch die Bezahlungen werden immer schlechter. Die Umschreibung „Strukturwandel“ ist dabei Schönfärberei – es ist nichts anderes als sozialer Sprengstoff, wenn Menschen nicht mehr ihr Leben planen können und keine Grundlage mehr haben für eine Familienplanung. Wenn dies so weiter geht, brauchen wir uns über einen weiteren Bevölkerungsrückgang nicht mehr zu wundern.

Arbeit bis 67? Dass auch die Arbeitsmarkt-Regelungen nach einem gewissen Zeitraum zu überprüfen sind, hatte die SPD bereits vorgesehen. Insbesondere gilt dies auch für die Altersgrenze von 67. Angesichts eines relativ hohen Sockels an Arbeitslosen muss man sich die Frage stellen, wie wir zukünftig Arbeit „verteilen“, ohne dass wir weiter in starren Regelungen verharren. Wir wissen, dass unsere Gesellschaft immer „älter“ wird; hier fallen immer mehr Arbeiten im sozialen Bereich an, die auch ältere Bürgerinnen und Bürger übernehmen können. Gleiches gilt für Aufgaben mit Gemeinwohl-Charakter, die nicht notwendigerweise an den Markt und marktwirtschaftliche Spielregeln gebunden sind. Hier ist die Bundesregierung gefordert, neue Strukturen zu entwickeln, um das Gemeinwohl zu fördern.